

## Rede von Trygve Bratteli (Brüssel, 22. Januar 1972)

**Quelle:** Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Februar 1972, n° 2. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "Rede von Trygve Bratteli (Brüssel, 22. Januar 1972)", p. 34-35.

**Urheberrecht:** (c) Europäische Union, 1995-2013

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_trygve\\_bratteli\\_brussel\\_22\\_januar\\_1972-de-ef2dff8a-7533-4a2b-bc93-e7c991b588e3.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_trygve_bratteli_brussel_22_januar_1972-de-ef2dff8a-7533-4a2b-bc93-e7c991b588e3.html)

**Publication date:** 13/09/2013

## Rede von Trygve Bratteli (Brüssel, 22. Januar 1972)

„Es ist mir eine Freude und eine Ehre, die norwegische Regierung bei der Unterzeichnung des Vertrags über den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften zu vertreten.

Norwegens Beitrittsantrag ist nicht neuen Datums. Seit 1962 haben die jeweiligen Regierungen und das Storting Norwegens diese Grundlinie aktiv vertreten, im Einklang mit unserem natürlichen Interesse und an einer verbindlichen und engen Zusammenarbeit mit unseren traditionellen europäischen Partnern auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu beteiligen.

Bei den nun abgeschlossenen Verhandlungen sind für Norwegen wie für die drei anderen beitrittswilligen Länder die Voraussetzungen und Bedingungen für den Beitritt festgelegt worden. Die norwegische Regierung hält das Verhandlungsergebnis für eine zufriedenstellende Grundlage für den Beitritt Norwegens zu den Europäischen Gemeinschaften. Das norwegische Volk und das norwegische Storting werden in dieser wichtigen Angelegenheit die letzte Entscheidung treffen. Dies entspricht unserer demokratischen und parlamentarischen Tradition. Wir brauchen die Unterstützung des Volkes, wenn wir Norwegen enger an Europa binden und auf dem Weg weitergehen wollen, den die Europäischen Gemeinschaften vorgezeichnet haben, um den Völkern Europas Frieden und Sicherheit, Wohlstand und Glück zu sichern, und wenn wir unserer Verantwortung gegenüber den armen Ländern der Welt gerecht werden wollen. Die Erweiterung der Gemeinschaften wird neue Dimensionen und neue Möglichkeiten für die Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele schaffen, die für unsere eigenen Völker und die übrige Welt so wichtig sind. Wir können sie erreichen, wenn die Grundlage unseres politischen Handelns, unserer fortschreitenden und pragmatischen Zusammenarbeit offenes Vertrauen und freimütige Solidarität zwischen den Partnern ist. Die norwegische Regierung hat den festen Willen, dieses Vertrauen und diese Solidarität zu beweisen.

In den Gemeinschaften darf der Abstand zwischen Vision und Wirklichkeit und auch zwischen Randgebieten und Zentrum nicht zu groß sein. Es nützt wenig, in Brüssel Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden, wenn es uns nicht gelingt, unsere Völker davon zu überzeugen, daß die gemeinsamen Ziele auch ihre Ziele sind, und daß die erzielten Lösungen vernünftig und gerecht sind.

Wir arbeiten in unseren Ländern daran, die Demokratie auf immer neue Gesellschaftsschichten auszudehnen. Wir sehen in der Gemeinschaft eine Möglichkeit, auch in der internationalen Zusammenarbeit demokratische Entscheidungsformen einzuführen.

Eine Gemeinschaft, die sich von Sizilien im Süden bis zur Finnmark im Norden erstreckt, muß differenzierte und elastische Aktionsmittel finden, um die verschiedenen Probleme zu lösen, welche die gesellschaftliche Entwicklung in den einzelnen Gebieten aufwirft. In diesem Zusammenhang messen wir dem Ziel des Rom-Vertrags, eine harmonische und ausgewogene Entwicklung aller Gebiete der Gemeinschaft zu sichern, große Bedeutung bei.

Eine Hauptaufgabe für die Gemeinschaften liegt darin, die Sozialpolitik zu aktivieren und sie auf ein immer höheres Niveau zu heben. Wichtig ist ferner, die Regionalpolitik mit Hilfe gemeinsamer Mittel auszubauen, um die wirtschaftliche Grundlage in den Randgebieten zu stärken und zu entwickeln. Die wirtschaftliche Integration, deren Grundlage die erweiterte Gemeinschaft ist, wird uns besser in die Lage versetzen, die Umstellungsprobleme der Wirtschaft zu lösen und die Arbeitsplätze zu sichern. Durch eine gemeinsame Industriepolitik können wir besser die Probleme meistern, welche die großen multinationalen Gesellschaften in, unseren Volkswirtschaften und in der Weltwirtschaft aufwerfen. Nur durch gemeinsames Handeln können wir einen wirksamen Umweltschutz schaffen.

Das sind wichtige Aufgaben für unsere Gesellschaft. Aber die Erweiterung der Gemeinschaften muß unter einer umfassenderen politischen Perspektive gesehen werden. Die Bemühungen um die Schaffung einer größeren Einheit in Europa haben heute einen wichtigen Kreuzweg erreicht. In unserem Teil der Welt haben wir große Fortschritte auf dem Weg zur Versöhnung, Frieden und Stabilität gemacht. Dies wird ein Schritt auf dem Weg zur Lösung der Probleme sein, denen die weniger begünstigten Völker in anderen Teilen der Welt gegenüberstehen. Dank der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften können die Völker Europas

mit größerem Selbstvertrauen in die Zukunft blicken".

Der amtierende Präsident der Konferenz schloß die feierliche Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß die Verantwortung für die Ratifizierung der Akte den Parlamenten der zehn Unterzeichnerstaaten obliege, damit die erweiterte Gemeinschaft ab dem 1. Januar 1973 Wirklichkeit werden könne.